

Wirtschaftspolitische Informationen 8/2008

ver.di Bundesvorstand Berlin -
Bereich Wirtschaftspolitik – Oktober 2008
www.wipo.verdi.de



Rezession droht – Konjunkturprogramm jetzt!

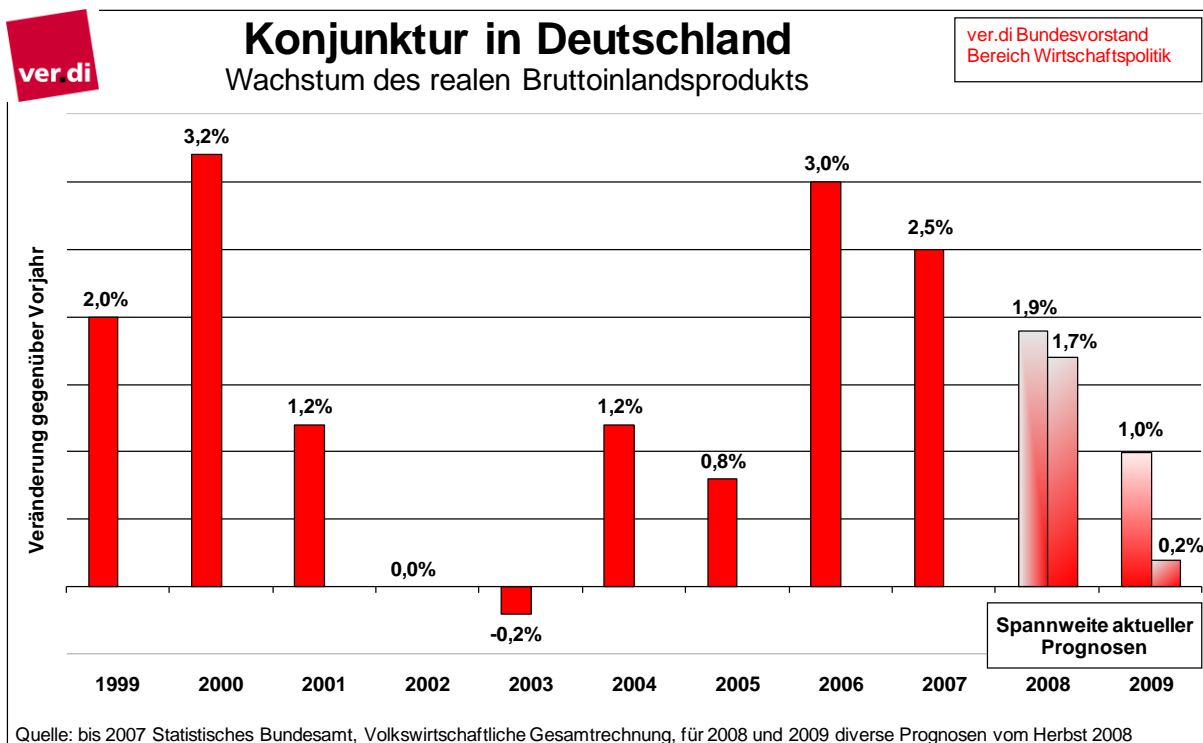
Dramatische Zeiten	2
Der hausgemachte Abschwung	3
Kurzes „Wirtschaftswunder“	4
Prekäre Arbeitsmarktentwicklung.....	6
... und nun noch die Finanzkrise	7
Wirtschaftspolitisch gegensteuern jetzt!.....	8

Dramatische Zeiten

Das Weltfinanzsystem steht am Rande des Abgrunds. Die USA versuchen den Absturz mit einem 700 Milliarden Dollar-Programm zu verhindern. Die deutsche Regierung wartet mit einer ähnlich großen Summe auf; fast 500 Milliarden Euro. In ganz Europa stützen die Regierungen den Bankensektor mit 1,7 Billionen Euro.

Die wirtschaftliche Entwicklung geht auf Talfahrt. Es gehe „Richtung Null“, zitiert die *Financial Times Deutschland* Anfang Oktober aus Koalitionskreisen. Laut aktuellem Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute wird das Wachstum in 2009 gerade einmal 0,2 Prozent betragen. Die Regierung behauptet, der konjunkturelle Abschwung sei Folge der Finanzmarktkrise. Das ist falsch. Das Wachstum schwächte sich bereits 2007 ab. Weil der Aufschwung nie bei den Menschen angekommen ist. Es war der erste Aufschwung in der Nachkriegsgeschichte, in dem die Einkommen nicht gestiegen sind. Folglich konnte die konsumtive Binnennachfrage nicht zu einer Stützung der Konjunktur führen. Die Finanzmarktkrise begann deutlich später auf die Realwirtschaft durchzuschlagen; etwa ab dem Spätsommer 2008. Es droht, dass der wirtschaftliche Einbruch jetzt umso schärfer wird.

Die Konjunktur rutscht seit Ende 2007 weg. Seit Spätsommer 2008 schlägt der Finanzcrash zu. Und droht die konjunkturelle Talfahrt zu verschärfen.



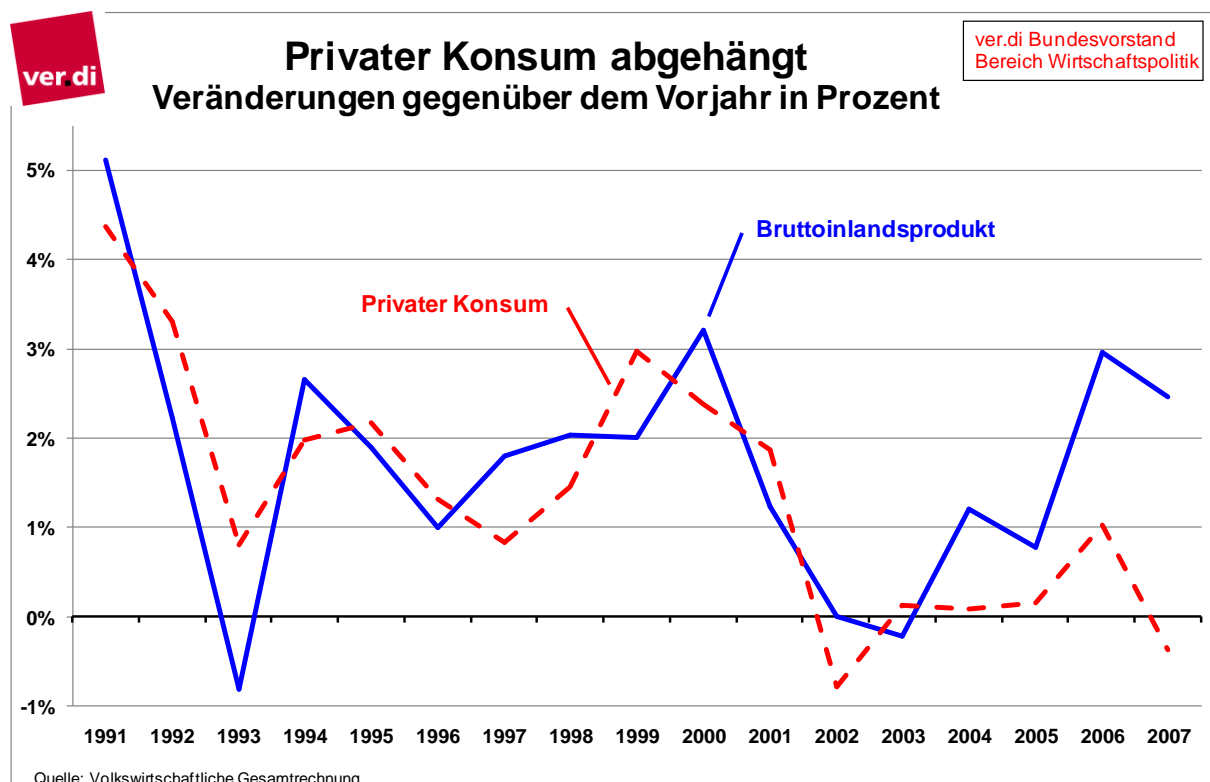
Jetzt müsste entschieden gegengesteuert und die daniederliegende Binnenkonjunktur gestützt werden. Doch die Bundesregierung kommt über Feuerwehreinsätze zur Bekämpfung der akuten Brände auf den Finanzmärkten nicht hinaus.

Der hausgemachte Abschwung

Der drastische Rückgang des Wachstums in Deutschland ist hausgemacht. Nur ein merklicher Anstieg der Binnennachfrage – und hier vor allem des privaten Konsums – hätte ein frühes Ende des Aufschwungs verhindern können. In der Vergangenheit ging ein Anstieg des Bruttoinlandsproduktes mit einem Anstieg des privaten Konsums einher. Im jüngsten Aufschwung klappt hier eine zunehmende Lücke: Das Bruttoinlandsprodukt ist zwischen 2004 und 2007 um knapp acht Prozent gestiegen. Der private Konsum aber kam mit einem Anstieg von nicht einmal einem Prozent praktisch nicht vom Fleck.

Ohne durchgreifende Einkommenssteigerungen kann es keinen Anstieg des privaten Konsums und damit der Binnennachfrage geben.

Dabei sah es bei den Tarifabschlüssen ganz gut aus: Mehr als fünf Prozent haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der Stahlindustrie durchgesetzt. Im Durchschnitt steigen die Tariflöhne und -gehälter 2008 durch die Abschlüsse im ersten Halbjahr immerhin um 3,3 Prozent. Pro Kopf beträgt der Anstieg jedoch nur



1,7 Prozent. Hierfür ist die Politik verantwortlich. Agenda 2010, Hartz IV, Ein-Euro- und Mini-Job-Regelung haben zu einem immer größeren Niedriglohnsektor geführt. Mittlerweile arbeiten hier knapp acht Millionen Menschen. Das sind über 22 Prozent aller Beschäftigten.

Hinzu kommt, dass von den 1,7 Prozent angesichts der Inflation nichts mehr übrig bleibt. Sie sind schon in „normalen“ Zeiten lediglich ein Ausgleich für die Inflation. Angesichts der Preissteigerungen von über drei Prozent in diesem Jahr ist es ein herber Verlust für die Beschäftigten. Bei einem Zuwachs von fünf Prozent für alle Beschäftigten wie im öffentlichen Dienst wäre die um einen Prozentpunkt höhere Inflation weniger schmerzlich gewesen. Und der Zuwachs hätte ausgereicht, um dem privaten Konsum einen deutlichen Schub zu geben.

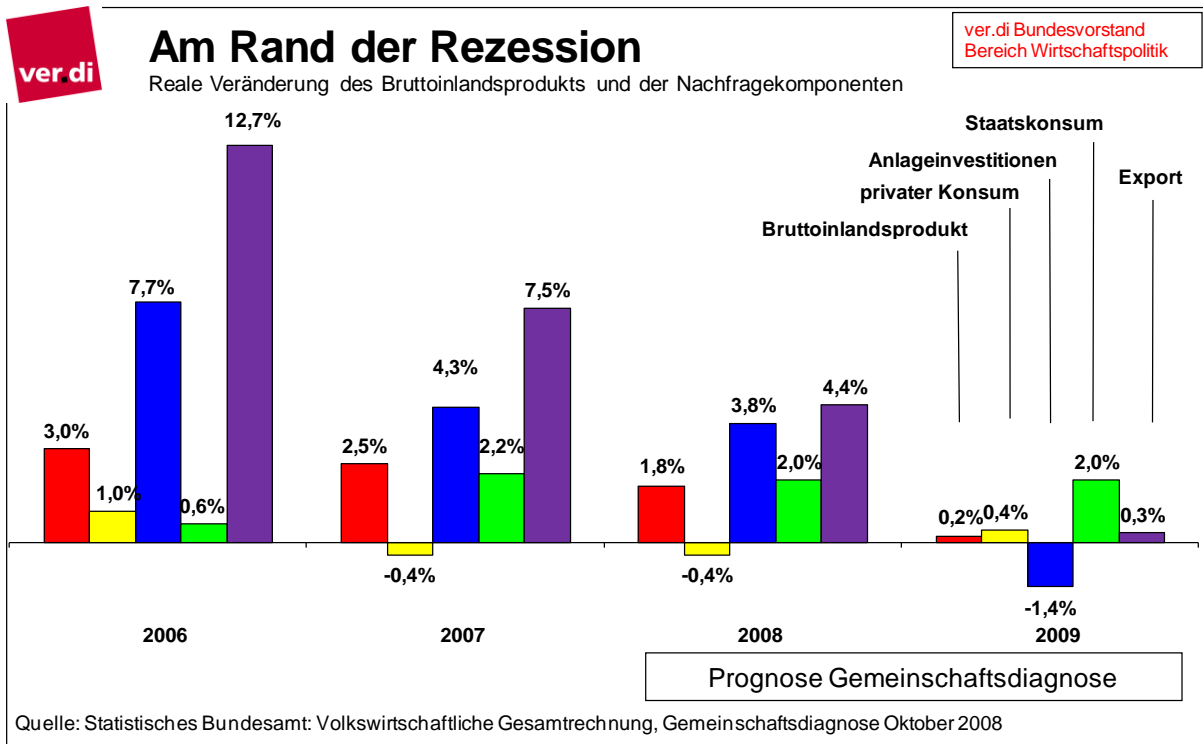
Anders als in früheren Konjunkturzyklen schafft mehr Beschäftigung nicht mehr Nachfrage. Qualität und Entlohnung der neugeschaffenen Arbeitsplätze sind massiv von der Politik unter Druck gesetzt worden.

Kurzes „Wirtschaftswunder“

Der Aufschwung sei eine Folge der „Agenda 2010“. Deutschland sei damit auf einen ganz neuen wirtschaftlichen Kurs eingeschwenkt. Außenminister Steinmeier, einer der Architekten der „Agenda 2010“, hatte vor gerade einmal einem Jahr noch von einem „neuen Wirtschaftswunder“ gesprochen. Doch nun fällt der Aufschwung im Vergleich zum letzten in der Vor-Agenda-Zeit an Stärke und Dauer gemessen sogar schwächer aus. Jetzt herrscht für die Agenda-Anhänger Erklärungsnot. Da kommt die Finanzmarktkrise gerade recht. Sie muss nun als Erklärung für das Schwinden der Wachstumskräfte herhalten. Tatsächlich hat sie damit – zumindest bis zum Spätsommer 2008 – nichts zu tun.

Die Finanzmarktkrise dient als willkommene Ausrede um vom Versagen der „Agenda 2010“-Politik abzulenken.

Der Ende 2004 einsetzende Aufschwung war keineswegs eine Folge der Anfang 2003 vom damaligen Kanzler Schröder verkündeten „Agenda 2010“. Es handelte sich vielmehr um einen normalen Konjunkturaufschwung. Ausgelöst wurde er durch einen starken Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen, vor allem um verschlissene



Maschinen und Gebäude zu erneuern. Hinzu kam ein noch einmal deutlich gesteigerter Exportüberschuss.¹

Der Export als Wachstumslokomotive hat die Schwäche der Binnen-
nachfrage und insbesondere des Konsums überdeckt.

Zur längerfristigen Absicherung des Aufschwungs hätte – wie in den vergangenen Konjunkturzyklen – auch die Konsumnachfrage anziehen müssen. Sowohl beim privaten Konsum wie auch der staatlichen Nachfrage fehlen bis heute jedoch durchgreifende Impulse. Schließlich wollte Steinbrück schnellstmöglich einen ausgeglichenen Haushalt hinbekommen.

Im Jahr 2007, mitten im Aufschwung, ist der private Konsum sogar geschrumpft. Und auch im laufenden Jahr wird er mit -0,4 Prozent weiter sinken. Sofern sich die Prognose für 2009 überhaupt bewahrheiten sollte, kann er mit einem leichten Plus von 0,4 Prozent kaum zur Stützung der Konjunktur beitragen.

Die staatlichen Konsumausgaben haben in diesem und dem letzten Jahr mit einem Plus von zwei Prozent kaum mit dem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts mithalten können. Ohne die erfolgreichen Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst wäre der

¹ Vgl. „Aufschwung absichern! Höhere Einkommen und öffentliches Investitionsprogramm jetzt!“ ver.di Wirtschaftspolitische Informationen 1/2008 und „Frühjahrgutachten – Thema verfehlt“, ver.di Wirtschaftspolitische Informationen 2/2008.

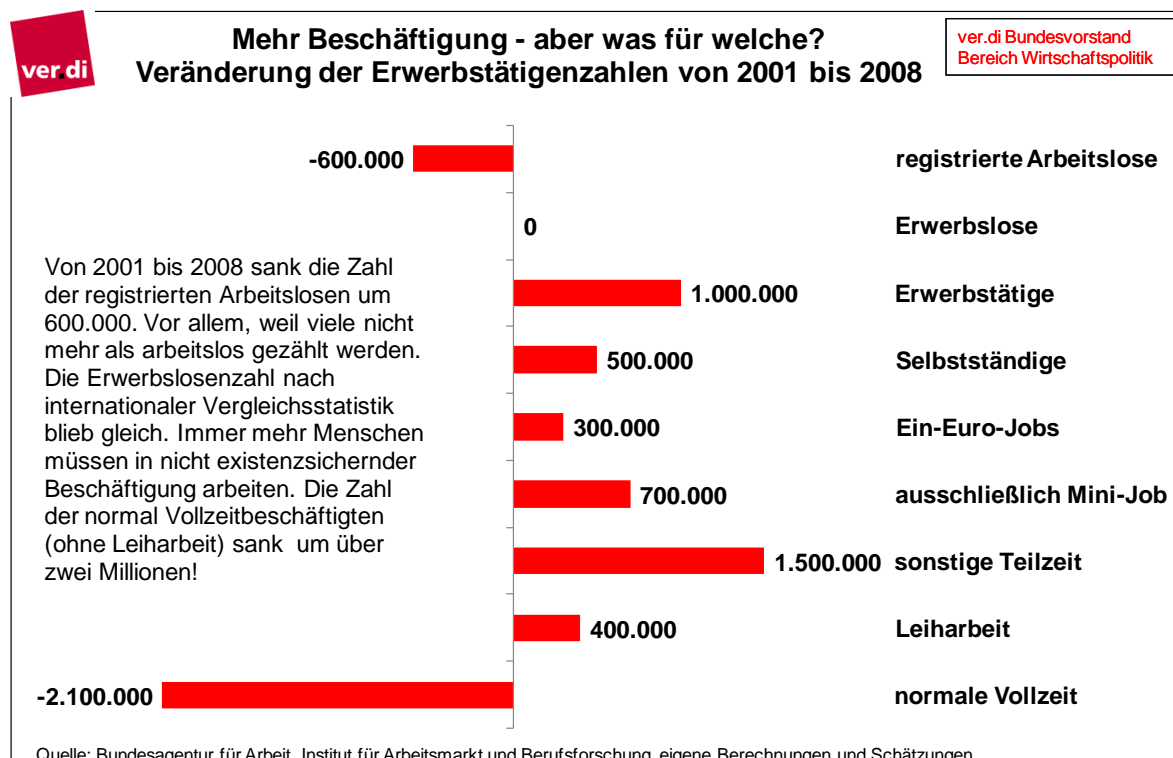
Zuwachs 2008 noch viel geringer ausgefallen. Inwieweit die Prognose von ebenfalls zwei Prozent für 2009 zutreffen wird, ist laut Aussage im Herbstgutachten vor allem angesichts der kostspieligen Rettungsaktionen für die Finanzbranche mit großen Unsicherheiten belastet.

Prekäre Arbeitsmarktentwicklung

In letzter Zeit kommen von der *Bundesagentur für Arbeit* scheinbar nur noch gute Nachrichten. Monat für Monat wird ein Rückgang der Arbeitslosigkeit vermeldet – selbst noch im Abschwung. Das gab es schon viele Jahre nicht mehr.

Im Zeitraum 2001 bis 2008 ist die registrierte Arbeitslosigkeit um 600.000 zurück gegangen. Sieht man genauer hin, bleibt von dieser guten Nachricht aber kaum etwas übrig. Verursacht wurde dieser Rückgang nämlich nicht durch die Schaffung von normalen Vollzeitstellen. Diese haben sogar dramatisch um 2,1 Millionen abgenommen.

Einen Boom gibt es dafür bei allen möglichen Arten von schlechter Arbeit: Ein-Euro-Jobs plus 300.000, Mini-Jobs plus 700.000, alle möglichen Formen von neuer (Schein-)Selbständigkeit plus 500.000. Und es gab eine massive Zunahme der Leiharbeit um 400.000 auf insgesamt mittlerweile rund 800.000. Zudem wurden durch allerlei Rechtsänderungen viele früher als arbeitslos gezählte Menschen aus der Statistik entfernt, obwohl sie auch weiterhin ohne Arbeitsplatz sind. Da verwundert es



nicht, dass sich an der Zahl der Erwerbslosen nach einheitlichem Maßstab der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) im Vergleich zu 2001 gar nichts verändert hat.²

Die neu entstandenen Jobs sind viel zu schlecht bezahlt, um eine Wiederbelebung des privaten Konsums zu bewirken. In Wirklichkeit hat die *Agenda 2010* zu einem fatalen Bruch in der wirtschaftlichen Entwicklung geführt:

Die *Agenda 2010* drückt Einkommen und Konsum und schwächt so das wirtschaftliche Wachstum.

Die Tatsache, dass gleichzeitig von der Politik massiv für den Aufbau einer privaten Altersvorsorge getrommelt wurde und wird, hat zudem die Sparquote weiter steigen lassen. Hierdurch wurde dem privaten Konsum faktisch der Rest gegeben.

... und nun noch die Finanzkrise³

Die USA versuchen den Absturz mit einem 700 Milliarden Dollar-Programm - umgerechnet gut 500 Milliarden Euro – zu verhindern. Die deutsche Regierung wirft ebenfalls fast 500 Milliarden Euro in den Ring. In ganz Europa stützen die Regierungen den Bankensektor mit 1,7 Billionen Euro.

Das Rettungspaket der deutschen Regierung sieht vor, dass mit 400 Milliarden Euro Bürgschaften begeben werden. Sie selbst erwartet am Ende einen Ausfall von bis zu 20 Milliarden Euro. Nach den Planungen soll dieser Betrag von allen Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen aufgebracht werden. Das ist nicht hinzunehmen. Seit Jahren werden Sozialleistungen abgebaut. Und die Wiedereinführung der Pendlerpauschale, die gerade einmal drei Milliarden Euro kosten würde, wird als Ausplünderung der öffentlichen Kassen hingestellt.

Deshalb fordert ver.di die verursachergerechte Finanzierung der Kosten des Rettungspaketes der Bundesregierung. Zum Beispiel ist an die Einführung einer zeitlich befristeten Millionärsteuer zu denken. Bei einem Steuersatz von einem Prozent kann sie 20 Milliarden Euro erbringen. Außerdem ist die Einführung einer Finanztransaktionsteuer notwendig, die Börsenumsätze und weitere Finanzbewegungen besteuert.

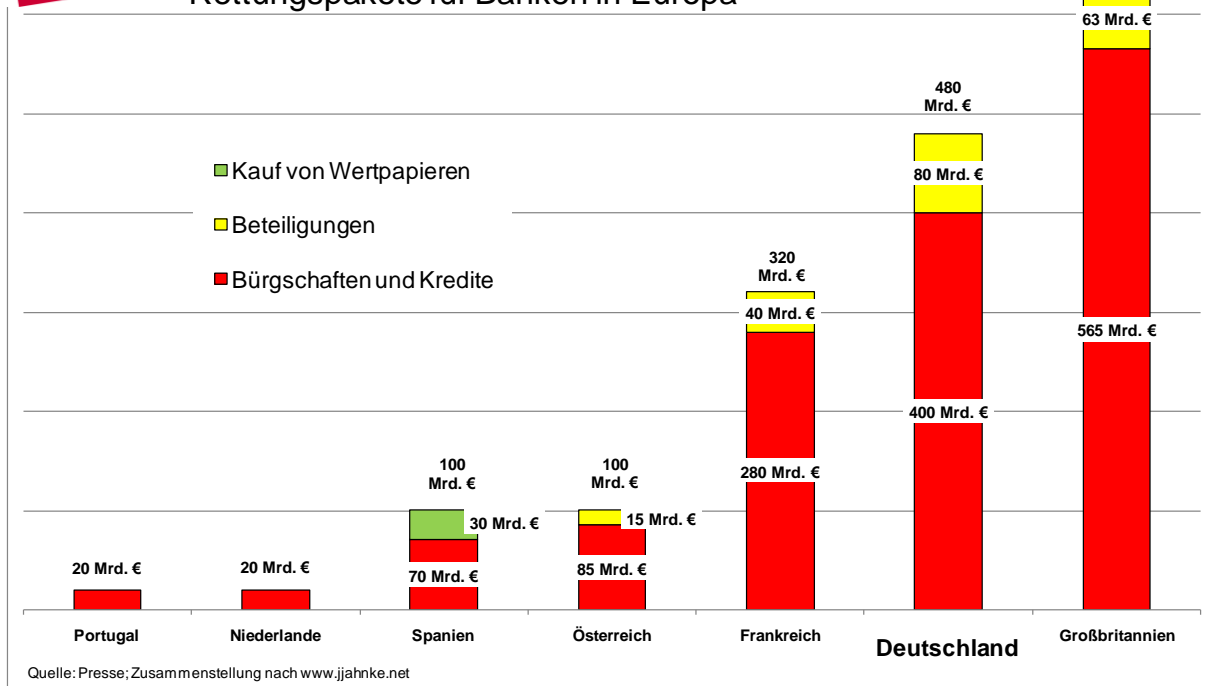
² Nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) gilt als erwerbslos, wer weniger als eine Stunde pro Woche arbeitet, aber mehr arbeiten will. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen wird anhand einer Stichprobe telefonisch ermittelt und hochgerechnet. Damit ist die stille Reserve automatisch erfasst, geringfügig Beschäftigte fallen jedoch heraus.

³ Vgl. „Absturz der Finanzmärkte. Sofortprogramm von ver.di“, Wirtschaftspolitischen Informationen, Nr. 7/2008



Insgesamt fast 1,7 Billionen Euro Rettungspakete für Banken in Europa

ver.di Bundesvorstand
Bereich Wirtschaftspolitik



Bereits ein Steuersatz von 0,01 Prozent kann jährliche Erträge von mindestens zehn Milliarden Euro bringen.

Mit der Finanzkrise haben Abschwungkräfte die Vorherrschaft in den USA übernommen. Wie lange und wie groß die negativen Auswirkungen sein werden, ist ungewiss.

Der Abschwung in den USA wird nicht ohne Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft bleiben. Insbesondere das Exportland Deutschland wird dies zu spüren bekommen. Jetzt rächt sich die jahrelange einseitige Fixierung auf Wettbewerbsfähigkeit und Export zu Lasten der Binnennachfrage. Die Politik des Lohndumpings hat die Exportindustrie gedopt, aber den Binnenmarkt stranguliert. Das schlägt jetzt voll zurück. Das Wachstum der Weltwirtschaft insgesamt wird geringer und in der Folge werden auch die deutschen Exportüberschüsse – die bislang tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung – zurück gehen. Der Wachstumsimpuls aus dem Außenhandel wird dann negativ und zu einer weiteren Bremse für die Konjunktur.

Bei einer derartigen Stagnation oder sogar Schrumpfung des Bruttoinlandsprodukts wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt auch in den offiziellen Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit wieder verschlechtern. Ein zahlenmäßiger Wiederanstieg der registrierten Arbeitslosigkeit kann dann auch durch statistische „Bereinigungen“ nicht mehr verschleiert werden.

Vor diesem Hintergrund ist eine kräftig wachsende konsumtive und staatliche Endnachfrage für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland wichtiger denn je. Mehr konsumtive Nachfrage würde auch wieder Investitionen in die Erweiterung der Produktionsanlagen nach sich ziehen. Das geschieht aber nur, wenn Unternehmen mit einem dauerhaften Anstieg der Nachfrage und damit ihres Absatzes rechnen können.

Wirtschaftspolitisch gegensteuern jetzt!

In Anbetracht der drohenden Rezession brauchen wir ein Konjunkturprogramm. Gestartet werden muss mit mindestens zehn Milliarden Euro in den nächsten sechs Monaten. Der kurzfristig wirksame Konjunkturimpuls muss anschließend in einem Zukunftsinvestitionsprogramm von jährlich 40 Milliarden Euro weitergeführt werden. 20 Milliarden Euro sollen in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen fließen. Weitere 20 Milliarden Euro sind für Investitionen in die Infrastruktur vorzusehen, damit Gebäude, Brücken, Straßen, das Abwassersystem und vieles andere wieder in Ordnung kommen. Die öffentliche Hand muss wieder eine bessere Versorgung der Bevölkerung sicherstellen. Es muss Schluss sein mit der Entstaatlichung.

So können die Binnennachfrage gestärkt und rund eine Million neuer Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die notwendige soziale Antikrisenpolitik der öffentlichen Haushalte muss ergänzt werden durch eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Geldpolitik. Angesichts der Dramatik muss die EZB ihrer Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung gerecht werden und den vorhandenen weiteren Zinssenkungsspielraum nutzen.

Für das knapp 500 Milliarden Euro schwere Rettungspaket für die Banken muss gelten: Kein Geld an die Banken ohne Gegenleistung. Dieses Prinzip wird bislang nicht konsequent umgesetzt. Außerdem müssen die Kosten diejenigen tragen, die die Krise zu verantworten haben. Deshalb brauchen wir die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer als ersten Schritt zu einer umfassenden Finanztransaktionssteuer. Zusätzlich müssen die Profiteure der Finanzmärkte zur Kasse gebeten werden. Zum Beispiel durch eine Millionärsteuer. Selbst bei einem großzügigen Freibetrag von einer Million könnte sie bei einem Steuersatz von einem Prozent knapp 20 Milliarden Euro erbringen.